



Interviews

Datum: 12. Dezember 2022

Lars Castellucci (SPD), stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses, im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Am Telefon mitgehört hat der stellvertretende Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Lars Castellucci von der SPD. – Guten Morgen, Herr Castellucci.

Lars Castellucci: Schönen guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Die Ermittlungen laufen. Gleichzeitig hat die Innenministerin gestern bekanntgegeben, dass offenbar die Gruppierung der sogenannten Reichsbürger schnell wächst – binnen eines Jahres um 2000 auf nun geschätzt 23.000. Für wie gefährlich halten Sie die Szene?

Castellucci: Ja. Jetzt gehen überall die Lichterketten an und es wird eigentlich vorweihnachtlich und im Süden der erste Schnee oder in den Höhenlagen, und dann platzt eine solche Sache rein in die politische Landschaft. Das klingt, glaube ich, erst mal sehr, sehr abstrus, aber ich glaube, wir müssen das sehr ernstnehmen und auch sehr wachsam sein. Es ist gefährlich, wenn sich Leute so unterschiedlicher Art zusammentun, über Waffen verfügen und in solche Planungen eintreten.

Engels: Stichwort Waffen. Viele der sogenannten Reichsbürger haben auch einen Waffenschein – aus anderen Zusammenhängen, beispielsweise, weil sie Jäger sind. Ihre Parteifreundin von der SPD, Innenministerin Faeser will nun zügig das Waffenrecht verschärfen. Ziehen Sie mit?

Castellucci: Ja, Frau Faeser hat recht, und wir haben uns ja im Grundsatz auch geeinigt. Es ist klar, dass Extremisten oder auch psychisch erkrankte Menschen nicht im Besitz von Waffen sein sollen. Das ist auch im Interesse von Jägern oder Sportschützen, die ihrer Berufung oder ihrem Beruf oder auch ihrer Leidenschaft nachgehen und im Falle von Jägern natürlich wichtige Funktionen hier im Lande erfüllen. Aber es geht um unsere gemeinsame Sicherheit und da geht es darum, dass Behörden untereinander auch Informationen haben müssen, wenn es Verdachtsfälle gibt. Es ist die Frage, werden solche Leute wie Reichsbürger eigentlich verniedlicht oder verharmlost, weil man bisher dachte, das sind einfach Spinner, oder haben wir eigentlich vernünftige gemeinsame Standards, auch bundesweit, die klarmachen, wer da eigentlich dazuzählt und wer dann auch Waffen entzogen bekommen muss, wenn er welche besitzt. Wie sieht es dann vor den Verwaltungsgerichten aus? Häufig war es auch schon, dass alleine der Reichsbürger-Status für den Waffenentzug noch nicht gereicht hat. Und ganz am Ende: Wir hatten einen Amoklauf in Heidelberg, wo sich jemand, der auch psychisch erkrankt war, Waffen aus dem Ausland, aus Österreich besorgt hatte. Am Ende brauchen wir in diesem Bereich europäische Lösungen. Deswegen: Hier muss unbedingt hingeschaut werden. Ich bin da fest an der Seite von Innenministerin Faeser. Und die FDP wird sich da bewegen müssen.

Engels: Sie sprechen es an: Konstantin Kuhle, der Vize-Fraktionschef von Ihrem Koalitionspartner FDP will das Waffenrecht vorerst nicht verschärfen. Der Süddeutschen Zeitung sagt er heute, man solle erst die Wirkung früherer Verschärfungen evaluieren. – Und jetzt?

Castellucci: Ja, das muss man immer tun, und es ist auch richtig, dass das, was im Moment im Gesetz ist, auch noch nicht einfach umzusetzen ist oder in der Praxis gut funktioniert. Waffenverbotsverfahren sind unglaublich langwierig und bürokratisch. Da können wir auch untergesetzlich etwas verändern. Ich denke, in diesem Bereich wird auf jeden Fall eine Einigung auch schnell erzielt werden können. Aber noch mal: Es ist in unser aller Sinne, dass Extremisten und psychisch erkrankte Menschen nicht über Waffen verfügen, und hinter diesem Ziel können sich doch, denke ich, alle versammeln und dann müssen wir auch die entsprechenden Lösungen dafür finden, damit das besser umgesetzt werden kann.

Engels: Innenministerin Faeser spricht von „maximalem Druck der Behörden“, um sogenannten Reichsbürgern Waffen zu entziehen. Woran hapert es denn? Sie haben einerseits angesprochen, Verwaltungsgerichte lassen das dann meist nicht zu, dass tatsächlich dieser Waffenentzug durchgesetzt wird. Aber gibt es noch weitere Hürden?

Castellucci: Ich glaube, die Hürde Nummer eins ist die im Kopf. Einerseits haben unsere Sicherheitsbehörden letzte Woche gezeigt, dass sie auch aus der Vergangenheit, aus dem NSU-Skandal beispielsweise gelernt haben. Sie sind eben nicht auf dem rechten Auge blind, sondern sie sind wachsam, sie sind schlagkräftig, sie haben hervorragende Arbeit geleistet. Aber in den vergangenen Monaten – ich habe viele Antrittsbesuche bei Sicherheitsbehörden auch auf unterschiedlichen Ebenen gemacht. Ich hatte in meinem eigenen Wahlkreis den Fall eines Druiden, eines Zugehörigen zu dieser Reichsbürger-Szene, der einen ganzen Schuppen voller Waffen hatte, und da haben die Gespräche immer für mich ergeben, dass man davon gesprochen hat, ja, das sind einzelne Verwirrte, oder die sind auf sogenannten Inseln vielleicht mal unterwegs, sie treffen sich mal lose organisiert zu einem Stammtisch regional. Jetzt wissen wir aber doch eindeutig, dass es hier auch um Vernetzung geht. Wir haben gesehen, wer da alles zusammengekommen ist, bundesweit, auch aus ganz unterschiedlichen Kreisen mit Zugängen wiederum zu anderen Kreisen. Die AfD ist darin wieder verwickelt. Das muss, glaube ich, jetzt erst mal klar sein, dass nirgendwo in den Behörden eine Verharmlosung stattfinden kann, sondern dass man dieses Reichsbürger-Phänomen wirklich ernstnimmt.

Engels: Unter den festgenommenen Verdächtigen sind auch einige im Staatsdienst. Das Bundesinnenministerium erwägt nun, das Disziplinarrecht zu beschleunigen und zu verschärfen. Das könne heißen, Beamte, die extremistische Tendenzen zeigen, müssten eher damit rechnen, schneller ihren Beamtenstatus zu verlieren. Wird das kommen?

Castellucci: Ja. Das sollte man ja eigentlich auch als normal auffassen, dass jemand, der für den Staat arbeitet, nicht gleichzeitig gegen den Staat arbeiten kann.

Engels: Trotzdem gibt es immer wieder diese Fälle, wie wir jetzt bei der Razzia sehen.

Castellucci: Richtig, Frau Engels, es gibt diese Fälle, und in einer Demokratie und wahrscheinlich auch nirgendwo wird man vollkommen ausschließen können, dass es zu solchen Fällen kommt. Im Übrigen sind ja Menschen auch nicht als Radikale auf die Welt gekommen, sondern es gibt Prozesse, was auch immer da passiert, wo die dann falsch abbiegen. Das heißt, es kann sein, dass man jemanden eingestellt hat, der wunderbar oder die wunderbar war, und dann radikalisiert sie sich auf der Strecke. Wir haben die Frage, was machen wir, wenn die Leute zur Anstellung anstehen, und was machen wir, wenn Leute auffallen, während sie bereits angestellt sind oder wenn sie, wie zum Beispiel Herr Höcke, mittlerweile im Landtag sitzen und ihr Beamtenstatus dann ruht. Da ist auf jeden Fall gesetzgeberischer Handlungsbedarf aus unserer Sicht und da wird sich die Bundesregierung auch darauf verständigen können. Wir haben bereits einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorgelegt bekommen aus dem Bundesinnenministerium und dort ist klar gesagt, Verfassungsfeinde sind aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.

Engels: Es fällt auch auf, dass mehrere AfD-Mitglieder im Kreis der Verdächtigen sind. Sehen Sie eine bundesweite Beobachtung der AfD in absehbarer Zeit durch den Verfassungsschutz? Das hatte ja Alexander Dobrindt von der CSU hier am Wochenende in Deutschlandfunk ins Auge gefasst.

Castellucci: Es ist gut, dass das nicht Politiker entscheiden, sondern dass das unabhängig geprüft wird. Aber da spricht jetzt noch mal mehr dafür, nach diesen Vorkommnissen noch mal genauer hinzuschauen. Der Verdachtsfall ist ja schon da. Es sind ja auch schon Teile wie der sogenannte Flügel auch klar als rechtsextrem eingestuft worden. Es ist einfach unsere Aufgabe, hier sehr, sehr wachsam zu sein, übrigens auch als Politikerin und als Politiker. Sie haben mich ja angekündigt als stellvertretenden Vorsitzenden des Innenausschusses. Auch da ging es uns darum, Personen, bei denen man nicht sicher sein kann, wie extrem sie sind oder sie sich entwickeln, von entscheidenden Positionen in unserer Republik abzuhalten. Deswegen ist ja damals der Kollege von der AfD auch nicht gewählt worden und ich mache seitdem seine Arbeit. Es ist letztlich auch eine Aufgabe von uns allen Demokraten. Das lebt hier nur weiter, wenn wir selber von unserer Verfassung überzeugt sind, und da müssen wir widerständig sein. Demokratie ist immer auch verletzlich und wehrhaft wird sie nur durch Demokratinnen und Demokraten, die sich für sie einsetzen.

Engels: Nur zur Ergänzung: Da ging es damals in der Tat darum, dass der Innenausschuss den eigentlich ausgeguckten, um es mal so zu nennen, Ausschussvorsitzenden der AfD nicht gewählt hat.

Noch etwas Anderes. Unter den Verdächtigen sind auch ehemalige Bundeswehrangehörige und wohl auch ein aktiver Soldat. Die Wehrbeauftragte, Ihre Parteifreundin der SPD, Eva Högl, hatte am Wochenende auch hier im Deutschlandfunk allerdings gelobt, Prävention und Aufklärung möglicher rechtsextremistischer Umtriebe in der Bundeswehr seien besser geworden. Sind Sie da auch so optimistisch?

Castellucci: Hier geht es, glaube ich, nicht um Optimismus, sondern immer um Tatsachen. Ich weiß, dass hier ein Generalverdacht völlig fehl am Platz ist. Allerdings wenn sich Einzelfälle häufen, dann ist das auch ein Auftrag an uns alle, hier noch genauer hinzuschauen und wachsam zu sein, und dann müssen solche Präventionsmaßnahmen natürlich auch nicht nur optimistisch betrachtet werden, sondern schlicht evaluiert werden. Ich glaube, eine Sache ist auch in den Behörden generell wichtig: Was macht denn jemand, wenn ihm etwas auffällt? Das scheint mir die Kernfrage zu sein. Hat man so etwas wie einen Korpsgeist? Ist man sehr aufeinander bezogen, weil die Aufgabe, die man hat, ja auch unendlich schwer ist für uns alle, Sicherheit und Leben aufrecht zu halten und zu gewährleisten, auch indem man sein eigenes Leben dafür im Zweifel in Frage stellt oder riskiert? In so einer Situation muss ich aber Stellen haben, an die ich mich wenden kann, wenn mir etwas auffällt. Auch in den jetzigen Fällen kann es ja gar nicht sein. Diese Personen, die beschuldigt werden, haben ja auch weitere Personen angesprochen und aufgefordert, sich ihnen anzuschließen. Hier ist aus meiner Sicht auch Handlungsbedarf, über Präventionsmaßnahmen hinaus auch Strukturen zu schaffen, dass hier etwas weitergegeben werden kann, ohne dass man das vielleicht öffentlich tut, oder vielleicht kann man das dann auch anonym machen, aber dass auf jeden Fall Hinweise die relevanten Stellen erreichen, wenn jemand extremistisch auffällt, dass er dann auch aus dem Verkehr gezogen werden kann.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.